

„China-Deal wird Trump zur Wiederwahl verhelfen“

Orakel Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht, rechnet noch bis November mit einem Voll-Abkommen im Handelskonflikt. Ob Großbritannien und die EU in diesem Jahr ihre Streitigkeiten beenden, sei jedoch noch völlig offen.

Von Hannah Schmitz

Braunschweig. Das neue Jahrzehnt startet mit den Belastungen der alten Dekade: Winfried Huck, Professor für Wirtschaftsrecht an der Ostfalia-Hochschule, ist überzeugt, dass der Handelskonflikt und Brexit das kommende Jahr weiter prägen werden. Schottland wird demnach 2020 erfolglos versuchen, Mitglied der EU zu bleiben. Und die Landwirte werden außerdem in diesem Jahr weiter auf die Straße gehen. Obwohl der Wirtschaftsprofessor überzeugt ist: Wir brauchen eine Änderung der landwirtschaftlichen Produktion.

2019 war geprägt von einer starken Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegung. Herr Huck, Sie beschäftigen sich unter anderem mit den Zielen der Vereinten Nationen (UN) zur Nachhaltigen Entwicklung. Eines dieser – unverbindlichen – Ziele ist etwa, umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen. Gibt das erstarkte Klimabewusstsein Rückenwind, um diese Ziele umzusetzen?

Huck: Das Thema Nachhaltigkeit hat in diesem Jahr sicherlich Rückenwind bekommen und das wird 2020 weiter der Fall sein. Obgleich wir dabei in Deutschland einen starken Fokus auf das Klima erleben. Zur Nachhaltigkeit gehört aber mehr. Die UN-Ziele, die globale Agenda 2030, haben die Transformation der Welt zum Ziel. Das wird in der deutschen Übersetzung oft verschwiegen. Transformation bedeutet, dass nicht nur singulär ein Nachhaltigkeitsziel, nämlich der Klimaschutz, hervorgehoben wird, sondern, dass die 17 verschiedenen Nachhaltigkeitsziele versucht werden, umzusetzen. 193 Staaten haben 2015 in New York dieser Transformation zugestimmt. Dabei geht es auch um Bildung, planetare Grenzen und die Wirtschaft. Es gibt nichts Vergleichbares, das auf nationaler und internationaler Ebene auf solch eine Zustimmung stößt.

Man muss vielleicht außerdem erwähnen, dass die Frage der Nachhaltigkeit nicht erst in den vergangenen Jahren aufgeworfen wurde, sie geht zurück bis in die Antike. Deshalb erstaunt mich aktuell beson-



US-Präsident Donald Trump (links) trifft den chinesischen Präsidenten Xi Jinping während eines Treffens am Rande des G-20-Gipfels. FOTO: SUSAN WALSH / DPA

ders, dass ein Mädchen von 16 Jahren in der Lage ist, eine Bewegung in Europa, den USA und Kanada zu erzeugen, die den Politikern Beine macht. Was mich außerdem erstaunt, ist die Aussage der Bundeskanzlerin, Thunberg habe sie angespornt, weiter über Nachhaltigkeit nachzudenken und sie politisch umzusetzen. Mich beunruhigt das wirklich tief, weil Merkel schon 1994 Umweltministerin war und damals an all den Verfahren und Beschlüssen beteiligt war, die das Rahmenübereinkommen der UN zu Klimaveränderungen betreffen.

Persönlich stelle ich mir Politik so nicht vor. Ich würde einen planerischen, strategischeren Ansatz bevorzugen.

Thunberg ist wahrscheinlich einfach die richtige Person zur richtigen Zeit?

Ja, jede Zeit hat ihre Person. Offensichtlich ist das in dieser wirklich multikommunikativen Welt ein kleines, zierliches Mädchen, das an dem sogenannten Asperger-Syndrom leidet.

Die Landwirte haben schwere Jahre hinter sich: 2017 Nässe und Überschwemmungen, 2018 die Dürre, unter deren wirtschaftlichen Folgen einige Landwirte noch 2019 litten. Sie fühlen sich aber nun oft als Opfer der Klimapolitik, protestierten gegen Verbote von Insektenschutzmitteln, die neue Düngeverordnung und kritisieren auch das Mercosur-Abkommen, weil sie den Import von Billig-Fleisch fürchten. Zu Recht?

Die Landwirte stehen unter Druck, nicht weil sie Landwirte sind, sondern weil sich bestimmte Formen der Landwirtschaft entwickelt haben. Die wurden durch ein bestimmtes politisches System gefördert, das nach dem Krieg klar darauf ausgerichtet war, ausreichend und verlässlich Nahrungsmittel bereitzustellen. Wir brauchen in Anbetracht der Nachhaltigkeitsziele eine Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion. Man kann aber nicht auf eine Berufsgruppe einschlagen und ihnen die Schuld geben. Es muss vielmehr ein smarterer Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen gefunden werden. Beim Mercosur-Abkommen gibt es die Befürchtung, dass die stark er-

gulierte europäische Landwirtschaft Nachteile erleidet, gegenüber billigen Produkten, bei denen EU-Regeln im Ausland nicht eingehalten werden. Es muss klar sein, dass nur landwirtschaftliche Produkte in die EU dürfen, die den hier geltenden strengeren Regeln entsprechen. Außerdem wurden im Mercosur-Abkommen ja auch Quoten geschaffen. Für Rindfleisch gilt etwa eine Grenze bis zu 90.000 Tonnen für einen Zeitraum über fünf Jahren. Das entspricht einer Gesamtproduktion in Europa von 1,2 Prozent. Das relativiert sich also. Handel ist außerdem grundsätzlich positiv zu sehen. Zumal die Warenmenge, die Europa in Richtung Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay verlassen wird, deutlich größer sein wird als umgekehrt.

Werden sich die Proteste fortsetzen oder werden sich die Landwirte mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Agrarpaket wieder anfreunden?

Die Bauern gelten in der Regel als die Klientel der CDU. Es hängt deshalb jetzt sehr von ihr ab, wie stark sie es schafft, sich als eine Partei der Nachhaltigkeit und des notwendigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Wandels zu begreifen, der die Globale Agenda 2030 widerspiegelt. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ist dabei offenbar schon weiter als der Rest der Union. Wenn diese nachzieht, werden die Bauern bei CDU und CSU auch wieder heimisch werden.

Die Proteste wird es 2020 aber weiterhin geben, weil die EU die Reduktion der Nitratwerte im Grundwasser fordert und Landwirte auf betroffenen Flächen 20 Prozent weniger düngen dürfen. Außerdem brauchen wir – auch hier den Nachhaltigkeitszielen folgend – eine Transformation der Produktions- und Konsummethode, weil wir uns keinen weiteren Verlust der Biodiversität leisten können. Das wird nicht ohne den Protest auf der Straße vorantreiben gehen.

Der Handelskonflikt zwischen Amerika und China hält die Welt weiter in Atem, ein Teilabkommen soll im Januar besiegelt werden. Wie wird der Streit 2020, im Jahr der möglichen Wiederwahl des



Gegner und Befürworter eines Brexit-Abkommens stehen vor dem Parlamentsgebäude in Westminster in London. FOTO: DINENDRA HARIA / DPA

US-Präsidenten Donald Trump, weitergehen?

Es gibt nach wie vor grundlegende offene Punkte – dabei geht es zum Beispiel um Industriepolitik, Marktzugang, den Schutz geistigen Eigentums oder um die von China angestrebte Technologieführerschaft. Ich kann mir gut vorstellen, dass Trump es vor der Wahl im November schafft, mit den Chinesen ein Voll-Abkommen oder Phase-Zwei-Abkommen zu schließen, das das Phase-Eins-Abkommen komplettiert. Das würde ihm natürlich helfen. Gelingt es nicht, bleibt das schon geschlossene Phase-Eins-Abkommen als Teilabkommen, das dann in Zukunft fortentwickelt werden muss. China und die USA sind vielfach verflochten.

Garantiert ein Voll-Abkommen Donald Trump die Wiederwahl zum Präsidenten? Vorausgesetzt, er übersteht das Amtsenthebungsverfahren?

Donald Trump wird das Amtsenthebungsverfahren aufgrund der für ihn günstigen Mehrheitsverhältnisse im Senat überstehen, gleichwohl ist sein Ansehen beschädigt und ein Schatten wird bleiben. Eine Einigung über ein Voll-Abkommen mit der Volksrepublik China wird es noch vor November geben. Es werden weitere wichtige Themen gelöst, die der Wählerklientel Trumps entgegenkommen. Nicht das Voll-Abkommen wird die Wiederwahl garantieren, aber die Bilder über die Einigung werden den Eindruck vermitteln, dass eines der bedeutendsten Abkommen zwischen China und den USA geschlossen wurde. Trump wird dann im November mit einer deutlichen Mehrheit erneut gewählt.

Kein Orakel ohne Brexit: Premier Boris Johnson wurde gerade erst mit großer Mehrheit wiedergewählt. Wird er die Briten mit oder ohne Abkommen aus der EU führen?

Gegenfrage: Wen interessiert das eigentlich noch? (lacht) Mein Interesse erlahmt. Aber gut, Johnson hat die Wahl gewonnen. Das heißt, die Mehrheit im Parlament ermöglicht ihm nun, all das zu tun, was ihm bislang verwehrt blieb.

Er wird die Briten also aus der EU führen und zwar zunächst mit einem Übergangsvertrag, denn daran ist er parlamentarisch gebunden. Über den eigentlichen Freihandelsvertrag, der bis Ende 2022 stehen soll, ist ja noch nicht einmal diskutiert worden.

Werden die Briten trotzdem im Januar Frieden mit dem Brexit schließen können, wenn er erst einmal vollzogen ist? Und werden auch EU und Großbritannien nach dieser Grundsatzentscheidung in ruhigere Fahrwasser kommen?

Die Spannungen in Großbritannien werden 2020 bestehen bleiben. Unter anderem auch deswegen, weil das große Heilsversprechen von Trump – „Wir machen einen Deal“ – nicht reichen wird. Denn Trump ist Egoist, das wird er auch trotz der besonderen Beziehung zwischen Amerika und England bleiben. Die Vorteile, die Großbritannien mit einem „Deal“ erzielen kann, werden die Verluste des Brexits nicht aufwiegen.

Die Briten werden das schnell merken und sich möglicherweise den Chinesen zuwenden. Die wiederum werden sich freuen, weil sie Großbritannien dann zu einem Brückenkopf der Neuen Seiden-

straße aufbauen können. Sie erhielten darüber nicht nur Zugang zum britischen Markt, sondern zum gesamten Commonwealth und Europa. Und sie erhalten einen deutlich besseren Zugang zu Eliteuniversitäten. Chinesen sind fokussiert auf extrem gute Bildung, das macht sie so erfolgreich. Sie verehren Bildung geradezu. Ob Großbritannien und EU Frieden schließen werden, ist unklar. Derzeit treten zumindest wieder Bruchlinien auf, die man längst verschüttet geglaubt hatte. Plötzlich werden die Unterschiede wieder hervorgehoben, von schottischer Seite der uralte Wunsch nach Freiheit ausgedrückt. Die Identitätsfrage steht wieder im Raum.

Wird es 2020 ein schottisches Unabhängigkeitsreferendum geben und möglicherweise auch schon die Rückkehr in die EU?

Nicola Sturgeon, eindrucksvoll bestätigte schottische Regierungschefin, wird in 2020 ein Referendum starten, das im Ergebnis einen Verbleib in der EU bestätigen wird. Aber ein solches Ergebnis bedarf zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung durch das Parlament in London. Die gegenwärtige Mehrheit der Tories wird keine Zustimmung erteilen. Es wird damit eine Pattsituation entstehen, bei der der politische Wille Schottlands gegen rechtliche Regelungen steht und somit politische Spannungen in Zukunft verstärkt werden. Eine Rückkehr in die EU wird es in 2020 für Schottland nicht geben.

Unser Leser Hans-Detlef Decker möchte mit Bezug auf den Brexit gerne wissen, wie sicher die europäische Währung ist?

Es gibt 160 offizielle Währungen auf der Welt, Leitwährung ist der US-Dollar und im zunehmenden Maß der Euro. Komplementär-Währungen gibt es immer dann, wenn die offizielle Währung kein Vertrauen mehr genießt, das ist bei dem Euro bislang nicht der Fall. Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, – der aus meiner Sicht zu Unrecht angegriffen wird – hat klar ausgedrückt, dass die Aufgabe der EZB darin besteht, den Euro stabil zu halten und die Preisstabilität zu garantieren – „whatever it takes“, was immer dafür nötig ist. Ich denke, so lange die europäischen Institutionen bestehen, wird der Euro entsprechend stabil bleiben.

Herr Decker fragt außerdem, wie die EZB 2020 ihre Währungspolitik gestalten wird? Immerhin hat nun Christine Lagarde den zuletzt arg kritisierten Draghi abgelöst.

Draghi hat vielen Ländern, vor allem den südeuropäischen, Zeit erkaufte, um ihre Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen. Lagarde wird den Kurs wie angekündigt fortsetzen, wenn auch mit anderen Mitteln. Sie ist ausgebildete Juristin und kommt aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie wird die EZB-Politik sicher besser und deutlicher erklären als Draghi. Sie ist ein kommunikativerer Typ und wird häufig das Gespräch mit der Öffentlichkeit suchen und insofern mehr für Verständnis sorgen.

Im Kern wird es aber weiter darum gehen, in einem volatilen Gesamtumfeld den Euro, und damit auch das Europäische Haus, zu befestigen. Was dabei helfen würde, ist eine europäische Finanz-Union, die Steuer- und Haushaltsentscheidungen ordnet und steuert. Sie wäre die notwendige Ergänzung zur europäischen Wirtschaftsunion.

Zur Person



■ **Winfried Huck** ist Professor für internationales und europäisches Wirtschaftsrecht und Dekan der Brunswick European Law School an der Ostfalia-Hochschule. Er lehrt außerdem an dem Chinesisch-Deutschen Hochschulkolleg der Tongji-Universität in Shanghai und an der Universität in Cambridge. Schwerpunkt seiner Forschung sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

■ **Nach dem Studium** in Bonn arbeitete er zunächst als Anwalt und war als Referatsleiter für rechtliche Grundsatzangelegenheiten im Bundesamt für Strahlenschutz tätig. 1997 wurde er an die Ostfalia berufen.